

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1873**

66 (19.3.1873)

## Deutschland.

**Mülhausen, 15. März.** Ueber die Angelegenheit der Eisenbahn Mülhausen-Mülheim schreibt die „N. Mülh. Ztg.“ Folgendes:

Der Bericht der permanenten Eisenbahn-Kommission über den Bau einer Eisenbahn zur Verbindung der Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen mit der badischen Staatsbahn in der Richtung Mülhausen-Mülheim liegt nunmehr in Druck vor. Die Kommission hat diesen klar und blühend gefassten Referat zufolge versucht, durch genaue Erhebungen sich ein möglichst getreues Bild von dem zu erwartenden Verkehr einer solchen Verbindungsbahn Mülhausen-Mülheim und deren ungefähren Kosten zu entwerfen. Die hierbei gewonnenen Zahlen zeigen zwar, daß — klar und kaufmännisch gesprochen — die Bahn kein glänzendes Geschäft sein dürfte wegen der für eine so kleine Strecke verhältnismäßig bedeutenden Kosten der Rheinbrücke; jedoch erhält dieselbe Lebensfähigkeit, sobald das Reich sich bei ihrem Bau theilhaftig.

Die hierfür durch unsere übersehrnischen Nachbarn (in der von 64 Gemeinden des badischen Oberlandes unterzeichneten Petition vom 24. Jan. 1872) angeführten Gründe können zusammengefaßt werden wie folgt: 1) Die Linie Mülhausen-Mülheim bildet die kürzeste Route Deutschl. vom Süden und Westen Frankreichs nach Nord- und West-nicht nur den Verkehr von Gütern. 2) Dieser Schienenweg würde auch zur Rentabilität der zukünftigen Elzbahn vergrößern, sondern beitragen. 3) Die bedeutende Fabrikstadt Mülhausen umgeben erbeblich Fabriken besetzten Umgebung bezieht aus den fruchtbaren Erbküden des Breisgauer Lebensmittels aller Arten, Wein, auch Holz u. s. w., deren Zufuhr zu erleichtern von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit ist. 4) Die projektierte neue Bahnlinie würde den Industrieerzeugnissen Mülhausens und des Oberrheins, welche sich künftig mehr und mehr dem Norden und Westen Deutschlands zuwenden werden, nicht nur eine bequemere, sondern auch kürzere und billigere Absatzstraße eröffnen.

Wir möchten als weiteres, namentlich für die Frage einer Unterstützung aus Reichsmitteln in Betracht kommendes Moment beifügen, daß ein Schienenweg, der uns in kürzester Linie mit unsern übersehrnischen Nachbarn in Verbindung bringt, erst das Gefühl der unmittelbaren Zusammengehörigkeit wecken und zu einer vielfachen Interessengemeinschaft und zu fruchtbarerem Verkehr mit Landsteuern Gelegenheit geben wird, die, obwohl in unserer unmittelbaren Nähe wohnend, doch durch den Mangel einer genügenden Verkehrsstraße uns janzgerückt sind.

Die badische Kammer hat, wie früher mitgeteilt, in ihrer Sitzung vom 15. März 1872 das Gewischt obiger Gründe anerkannt und den Bau einer Bahn von Mülheim am Rhein auf groß. Gebiet prinzipiell genehmigt, jedoch mit dem Vorbehalt, daß vor deren Inangriffnahme die Erdfassung der Linien von Freiburg nach Neubreisach und von Leopoldshöhe nach Sankt Ludwig gesichert werde. Dieses Vorgehen der badischen Landesvertretung ermutigt die permanente Kommission, mit der Bitte an die Reichsregierung zu gehen, daß sie für das befristete Rheintal das Gleiche thun wolle, was mit der thätigsten Fürsorge Kammer und Regierung in Baden für das jenseitige bewilligt haben.

Um zur Unterstützung ihres Ansehens wenigstens einige annähernde Zahlen vorführen zu können, hat die Kommission sich an Hrn. Ingenieur Helbing in Waldkirch im Breisgau, der mehrfach ähnliche Arbeiten ausgeführt hat, mit dem Ersuchen gewandt, über die technischen Verhältnisse einer eingleisigen Mülhausen-Mülheimer Verbindungsbahn, namentlich über den Bau einer festen Rheinbrücke Erhebungen anzustellen. Das Resultat dieser Vorarbeiten wurde am 9. d. M. im Beisein des Hrn. Helbing von der Kommission geprüft und ist dasselbe sammt einer kleinen Karte und einer Skizze für die herzustellen Rheinbrücke dem Kommissionsberichte beigelegt. In jedem Falle wird die Rheinbrücke die Hauptkosten verursachen; bei fünf angelegten Linien, unter welchen die geradeste, bei Riedelheim abzweigende und bei Chalampne den Rhein überschreitende den Vorzug verdienen dürfte, kommt die Herstellung des Kilometer auf der einen umgekehrt so hoch zu stehen wie auf der anderen. Die Totalkosten der Brücke berechnet Hr. Helbing auf ungefähr 1,200,000 Franken. Mit Einschluß dieser Summe würden die Gesamtkosten der Bahn auf der oben genannten Strecke, welche 10 Kilometer neues Schienengeleise erfordert, etwa fünfzehnhundert Millionen Franken betragen. Nur 12,5 Kilom. Geleise wären für eine Linie Rixheim-Schliengen nötig und würde für diese ein Aufwand von vierhundert Millionen genügen. Die vorausgeschickten Einnahmen der Bahn würden in jedem Fall keine genügende Rentabilität der Kapitalanlage sichern; nur im Falle es gelänge, die Kosten der Brücke zu besitzigen, etwa durch Uebernahme derselben auf das Reich oder durch Erhebung einer besonderen Uebergangsgebühr, wäre vollständige Lebensfähigkeit der Bahn gewährleistet. Wir dürfen wohl hoffen, daß das Reich eintritt, wo es sich hier um eine Aufgabe handelt, bei deren baldiger und glücklicher Lösung in ganz eminenter Weise auch die Gesamtheit interessiert ist.

**Berlin, 16. März.** Se. Maj. der Kaiser und Königin ertheilte vorgestern Mittag dem in außerordentlicher Mission hier anwesenden persischen Abgesandten Mirza Malkom Chan im Palais eine Audienz. Nachmittags war zu Ehren des Abgesandten bei den Kaiserl. Majestäten größere Tafel. — Se. Kaiserl. Hoh. der Kronprinz empfing gestern Mittag eine zu seiner Begrüßung aus Stettin hier eingetroffene Deputation, welche aus dem kommandirenden General des 2. Armeekorps, General der Kavallerie Hann v. Weyhern, dem Oberpräsidenten der Provinz Pommern, Febr. v. Münchhausen, und dem General-Landjägerdirektor v. Köller bestand. Bald darauf ertheilte derselbe dem Kaiserl. österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen v. Karolyi eine Audienz. Die Kaiserl. Majestäten und die hier anwesenden Mitglieder des Königs-Hauses besuchten gestern Abend die vom französischen Botschafter, Comte de Gontaut-Biron, veranstaltete mu-

stikalische Soiree. Zu diesem glänzenden Gesellschaftsfeste waren etwa 850 Einladungen ergangen. Heute Mittag vereinigten sich sämtliche hohe Herrschaften bei dem Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin zur Familientafel. Zu einem längeren Besuch am hiesigen Hofe ist der Fürst von Hohenzollern gestern Abend in Berlin eingetroffen und hat im königl. Schloße Wohnung genommen.

Der Reichskanzler Fürst v. Bismarck gab gestern Nachmittag zu Ehren der japanesischen Botschaft und des persischen Abgesandten in seinem Hotel ein Diner, an welchem mehrere Mitglieder des diplomatischen Korps Theil nahmen.

Gestern ist der zum Oberpräsidenten der Provinz Hannover ernannte bisherige Bezirkspräsident für Deutsch-Lothringen, Graf zu Eulenburg, aus Metz hier angekommen. Derselbe hatte im Laufe des heutigen Vormittags Besprechungen mit dem Reichskanzler, dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Innern. Wie verlautet, wird Graf Eulenburg in einigen Tagen sich nach Hannover begeben, um seinen dortigen Posten zu übernehmen. Der neuernannte Bezirkspräsident für Lothringen, Graf v. Arnim-Boylsenburg, wird wahrscheinlich schon morgen zur Uebernahme seines Amtes nach Metz abreisen.

## Frankreich.

**Paris, 16. März.** Eine Kommission der Nationalversammlung verhandelte gestern über den Antrag des 18. Novbr. Hrn. auf Wiederherstellung des Gesetzes vom 28. Septbr. 1871 betreffend die Heiligung des Sonntags. Danach sollen an Sonn- und Feiertagen alle vom Staate, von den Departements-, Provinz-, öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten u. s. w. unternommenen Arbeiten ruhen; die Eisenbahnen sollten keine gewöhnlichen Frachten annehmen, mit Ausnahme von Schlachtvieh; die Schließung von Kläusen und Kanälen sollen von 8-12 Uhr Vormittags geschlossen, die Postbüros nur von 11 Uhr Vormittags bis 3 Uhr Nachmittags geöffnet sein, und endlich auch den Telegraphenbeamten die Möglichkeit geboten werden, ihre religiösen Pflichten zu erfüllen. Hr. v. Pressensé, der protestantische Wortführer, erklärte sich für einen überzeugten Anhänger der Sonntagsruhe, meinte aber, daß man auf dem Wege der Gesetzgebung nicht thun soll, was dem Prinzip der Gewissensfreiheit zu nahe treten könnte; es gebe keine Staatsreligion und das Gesetz könne keinen Unterschied zwischen Katholiken, Protestanten, Israeliten und Freigeistern, es könne nur Franzosen. Die H. Th. Chesnelong und Sacasse vertheidigten dagegen das Gesetz vom Jahr 1814 vom sozialen und religiösen Standpunkte; die Gewissensfreiheit sei gewahrt, so lange man Niemand zu der Ausübung religiöser Handlungen zwingt, aber es bleibe eine Pflicht des Gesetzgebers, der Religion Achtung zu verschaffen und die Sonntagsruhe allen Arbeitenden aufzuerlegen. Die Kommission beschloß, den Antrag des Baron Chaurand in Betrach zu ziehen und den ultramontanen Hrn. Chesnelong mit der Ausarbeitung des Berichts zu beauftragen.

Die „Gaz. des Trib.“ berichtet Folgendes über eine vorgefunden in dem Cercle des familles abgehaltene Hausjuchung:

Als der Polizeikommissar und seine Agenten in das Klublokal eintraten, wurde in einem großen, glänzend erleuchteten Saale getagt und Alles hatte hier den Anschein einer gewöhnlichen Soiree. Auf die bringenden Fragen des Kommissars entschloß man sich indeß, ihm den Weg nach einem anstößenden Gemach zu zeigen, welches, wie man sich ausdrückte, „speziell für die Tagesfolgen bestimmt“ sei und in dem alle Freitag Versammlungen von Personen männlichen Geschlechts in Zahl von etwa fünfzig abgehalten würden. Nicht ohne eine gewisse Unordnung und stürmische Proteste hervorgerufen, konnte Hr. Jacob in dieses Gemach eintreten, in welchem eine zahlreiche Affenschar unter dem Vorhitz eines aus drei Personen bestehenden Bureaus einen Redner ankündete, welcher bei dem Erscheinen des Polizeibeamten sofort einhielt. Trotz der lebhaften Einsprache der Anwesenden schritt Hr. Jacob unverzüglich zu den erforderlichen Ausnahmen und zu einer eingehenden Durchsuchung, die zu der Entdeckung von Schriftstücken führte, welche den geheimen Charakter und den offenbar politischen Zweck der Versammlung außer Zweifel zu lassen schienen. Diese Vereinigung hatte schon kürzlich durch eine von ihr in mehreren Zeitungen veröffentlichte Adresse an die provisorische Regierung von Spanien die Aufmerksamkeit der Behörde auf sich gezogen. Die Untersuchung dieses Falles wird mit allem Eifer geführt.

**Versailles, 16. März.** Sitzung der Nationalversammlung vom 15. März.

Marquis v. Castellane: Die Kammer wolle mir gestatten, ein Ereignis zur Sprache zu bringen, welches sich so eben in Paris zgetragen hat und das mir gerade in diesem Augenblicke unmittelbar nach der Vollziehung einer neuen Verfassung besondere Beachtung zu verdienen scheint. Der Hr. Gouverneur von Paris hat least der ihm durch den Belagerungszustand verliehenen Gewalt, jedoch auch nach eingeholtem Gutachten des Ministerraths, Strafmaßregeln gegen drei Blätter verfügt; er hat die „Assemblée nationale“ unterdrückt und dem „Paris-Journal“ und der „Espérance de peuple“ den Straßenverkauf entzogen. Wir wünschen die Gründe dieser Verfügungen kennen zu lernen. Hinsichtlich der „Assemblée“ heißt es in den Erklärungsgründen, sie hätte falsche Nachrichten veröffentlicht, welche die Verhandlungen zwischen Frankreich und fremden Regierungen offenbären könnten. Die beiden anderen Blätter sollen das Publikum irre geführt haben; womit, wird nicht gesagt. Ich habe die inkriminierten Blätter durchgesehen. Im „Paris-Journal“ fand ich einen Angriff gegen das Tallon'sche Gesetz, die Ankündigung, daß die Debatte über die

Handelsverträge sehr lebhaft sein werde, und endlich eine dem „Journ. de Bruxelles“ entlehnte Geschichte von einer Unterredung zwischen dem Präsidenten der Republik und dem Marquis MacMahon, eine Geschichte, welche auch in mehreren anderen Blättern zu lesen war, die gleichwohl nicht behelligt worden sind. In der „Assemblée nat.“ habe ich ebenfalls die angezogenen Nummern nachgesehen. Ich fand darin einen Artikel, welcher besagte, daß Hr. v. Bismarck von Trissin bedroht sei. Dieser Artikel kann unpassend erscheinen; aber in einem eben erst erschienenen Blatte, welches nur einige wenige Abonnenten zählt (Heiterkeit links), kann dieser Artikel doch sichtlich keinen Einfluß auf die Unterhandlungen mit Deutschland geübt haben. Das hat sich auch deutlich in den Worten gezeigt, welche der Deutsche Kaiser kürzlich bei einer feierlichen Gelegenheit gesprochen hat und die in Frankreich mit allgemeiner Befriedigung gelesen worden sind. Ich muß hinzufügen, daß unsere Minister mit vielerlei Maß zu messen scheinen. Am 29. November, unmittelbar bevor wir zu einem wichtigen Votum schreiten sollten, meldete das „Générat“, ein der Regierung nahe stehendes Blatt, es sei von unserem Botschafter in Berlin eine Depesche eingetroffen des Inhalts, daß wenn Hr. Thiers gekürzt würde, die Preußen sofort die von ihnen geräumten Departements wieder besetzen würden. Ueber diese Nachricht erschrocken, begaben sich einige unserer Kollegen zu dem Minister des Aeußern, und obgleich sich ergab, daß die Meldung ganz aus der Luft gegriffen war, konnten wir nur mit größter Mühe und erst zwei Tage darauf nicht etwa eine Strafmaßregel, sondern lediglich ein offizielles Dementi erwirken. (Sehr gut! rechts.) Wir müssen also gestehen, daß der in dem Erlaß des Gouverneurs von Paris eingeführte Grund uns nicht der wahre zu sein und daß, unmittelbar nachdem die monarchische Partei in diesem Hause eine Minorität geworden, die Regierung gegen diese Partei mit Willkür vorgehen zu wollen scheint. (Lebhafter Beifall rechts.)

Der Minister des Innern, Hr. v. Soufflard. Auf eine förmliche Diskussion der an mich gerichteten Frage kann ich für heute nicht eingehen, will jedoch einige Worte erwidern. Hr. v. Castellane hat Unrecht, nach andern Motiven zu suchen, als diejenigen, welche in dem Erlaß des Gouverneurs von Paris angegeben worden sind. Eine Angelegenheit muß uns Allen heilig sein und über dem Haber der Parteien stehen, das ist das große patriotische Werk, welches Sie im Verein mit der Regierung verfolgen. Und in dem feierlichen Augenblicke, wo dieses Werk besonders betrieben wird, und einer nahen Lösung entgegen steht, sollte es gehindert sein, die Schwierigkeiten, die wir zu überwinden haben, noch zu vermehren? Dies allein nöthigte die Regierung einzuschreiten. Ein zweites nicht minder heiliges Staatsinteresse ist die Eintracht mit der Armee; es kann daher auch nicht gebildet werden, daß Zeitungen durch falsche Nachrichten die Achtung des Landes vor der Armee und ihren Führern zu schmälern suchen. (Hr. Hantjeus. „Paris-Journal“ hat zu jeder Zeit die Armee vertheidigt.) Für heute muß ich mich auf diese Erklärungen beschränken. (Zustimmung und Unruhe.)

Hr. Gambetta. Ich möchte mir nur als Abgeordneter von Paris eine kurze Bemerkung erlauben. Meine Freunde und ich, wir haben schon wiederholt auf die Aufhebung des Belagerungszustandes gedrungen; da jetzt diese Waffe sich gegen Sie kehrt (zur Rechten gewendet), so möchte ich Sie auffordern, mit uns zu verlangen, daß die Ausnahmegesetzgebung, welche in Paris und in 42 Departements herrscht, abgeschafft werde. Nicht mit Strafbefehlen werden Sie den öffentlichen Frieden gründen. Wenn ein Vergehen begangen worden ist, so stellt es nicht an Richter und an Geschworenen, welche letzteren Sie ja schon nach Ihrer Manier zugestumpft haben. Ich kenne keine andere Schlussfolgerung aus diesem Zwischenfall, als daß der Belagerungszustand überall, wo er noch existirt, aufgehoben werden muß. (Sehr gut! links.)

Marquis v. Castellane. Ich habe die Ehre, eine förmliche Interpellation über den von mir angerogenen Gegenstand einzubringen, und der Hr. Minister hat sich mir bereit erklärt, die Diskussion für nächsten Donnerstag anzunehmen. (Die Verhandlung wird demnach auf diesen Tag angelegt.)

Hierauf wird die Verhandlung über das Bündnisgesetz-Gesetz wieder aufgenommen und die Vorlage nach einigen neuen Kritiken der Hh. Raoul Duval und Pouyer-Quertier mit 319 gegen 204 Stimmen angenommen.

## Vermischte Nachrichten.

**Kolmar, 14. März.** (Cl. B. Bl.) Die Stadt Kolmar hat in den letzten Tagen ein Anlehen von 500,000 Fr. zur Deckung älterer schwelender Schulden aufgenommen und ist in der glücklichen Lage gewesen, dasselbe zu einem Zinssatze von 4.49 Prozent unterzubringen. Auf die Anleihe waren im Ganzen 94 Submissionen zu einem Gesamtbeitrage von 1,932,000 Fr. eingegangen, so daß das geforderte Kapital beinahe vierfach überzähmet ist. Es ist dies gewiß ein sicheres und vortreffliches Zeichen für den Kredit der Stadt und für den patriotischen Sinn ihrer Bürger. Insbesondere ist zu bemerken, daß ein so niedriger Zinssatz bei den früheren Anlehen nicht erreicht ist, daß somit der Kredit der Stadt sich in den letzten Jahren gehoben hat.

**Hamburg, 15. März.** Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Westphalia“, Kapitän Schwensen, welches am 26. v. Mis. von hier und am 1. d. Mis. von Havre abgegangen, ist nach einer Reise von 11 Tagen am 13. d. Mis. wohlbehalten in Neu-York angekommen.

## Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

	Barometer in mm.	Temperatur in °C.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Wimmel.	Witterung.
17. März	749.1 mm	+ 2.0	0.98	D.	bedeckt	trüb
Wegs. 7 Uhr	748.0 mm	+ 11.6	0.70	ND.	bedeckt	aufsteigend
Wegs. 2	748.5 mm	+ 10.6	0.81	.	bedeckt	trüb.

